

Kleine Anfrage 1337

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

Präzise Prüfung von Mitwirkungsverboten kommunaler Mandatsträger

Die Bestimmungen zur Befangenheit von Gemeindevertretern (Mitwirkungsverbot) sollen eine von persönlichen Motiven freibleibende kommunale Entscheidungsfindung ermöglichen. Die Feststellung des Vorliegens solcher Umstände ist kritisch zu prüfen, da ein Ausschluss der Mandatsträger zu einer zumindest temporären Verschiebung der demokratisch legitimierten Kräfteverhältnisse führt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie konkret muss der persönliche Vorteil eines Gemeindevertreters sein, um ein Mitwirkungsverbot zu begründen? Wie erfolgt die Abgrenzung zu bloßen „Reflex-Vorteilen“, in denen der Gemeindevertreter, wie viele andere auch, aus der bloßen Zugehörigkeit zu einer größeren Gruppe von bestimmten Entscheidungen profitiert?
2. Gibt es Hinweise der Landesregierung zu Fallbeispielen, in denen ein Mitwirkungsverbot angenommen wird? Wurden oder werden diese Beispiele mit den Kommunalverwaltungen erörtert? Gibt es entsprechende Hinweise an die unteren Kommunalaufsichten? Wie wird sichergestellt, dass eine sachgemäße und einheitliche Rechtsanwendung erfolgt?
3. Kann sich aus dem Wohnsitz in einer bestimmten Straße oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe bereits ein Mitwirkungsverbot ergeben?
4. Wir werden die Voraussetzungen des Vorliegens eines Mitwirkungsverbotfalls festgestellt? Kann die Gemeindeverwaltung einfach die Befangenheit des Mandatsträgers prüfen und selber feststellen und ihn unter Berufung auf ihr eigenes Prüfergebnis zur Nichtteilnahme auffordern? Welche Möglichkeiten haben Mandatsträger, sich gegen derartige verwaltungsseitige öffentliche Aufforderungen zur Nichtteilnahme am betreffenden TOP zur Wehr zu setzen? Kommt eine Unterstützung seitens der Kommunalaufsicht in Betracht?
5. Wie wird sichergestellt, dass nicht durch politischen Druck seitens der Gemeindeverwaltung bestimmte Mandatsträger vor kritischen Abstimmungen durch die Unterstellung einer angeblichen Befangenheit aus der Abstimmung hinausgedrängt werden? Wie wird hierbei auch sichergestellt, dass die Verwaltung mit der gebotenen parteipolitischen Neutralität bzgl. des vermeintlichen Mitwirkungsverbots vorgeht?

Eingegangen: 30.05.2021 / Ausgegeben: 31.05.2021